



Sitzungsniederschrift

Gremium	Ausschuss für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr
Datum	Mittwoch, 13.11.2024
Beginn	17:30 Uhr
Ende	19:12 Uhr
Ort	Rathaus, Ratsstiege 1, Großer Ratssaal 59302 Oelde

Vorsitz

Herr Uli Schwieder

Teilnehmende

Herr Norbert Austrup
Herr Antonius Brinkmann
Herr Alfons Grünebaum
Herr Peter Hellweg
Herr Friedhelm Hoberg
Frau Kerstin Horstmann
Frau Hiltrud Krause
Herr Dirk Leifeld
Herr Meik Libor
Herr Andreas Nienaber
Herr Bernhard Poppenberg
Herr Ludger Reckmann
Herr Ole Schöning
Herr Holger Schramm
Herr Christoffer Siebert
Frau Manuela Steuer
Herr Michael Zummersch

Vertreter für Frau Desel

Verwaltung

Herr Stefan Boegel
Frau Stefanie Gröne

Frau Rena Ideus
Herr André Leson
Herr André Maas

Schriftführerin

Frau Sonja Steiner

Gäste

Herr Andreas Meschede

bis TOP 1

Es fehlten entschuldigt

Teilnehmende

Frau Anna Desel
Herr Arno Zurbrüggen

vertreten durch Herrn Hoberg

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Sitzung		Seite
3.	Einwohnerfragestunde	4
4.	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Errichtung einer Querungshilfe am Ortseingang Stromberger Straße M 2024/320/5892	4
5.	Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur (LIS) – Weitere Vorgehensweise B 2024/021/5895	5
6.	Verschiedenes	6
6.1.	Mitteilungen der Verwaltung	6
6.2.	Anfragen an die Verwaltung	7

Der Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr, Herr Schwieder, eröffnet die Sitzung, indem er die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung sowie den Referenten Herrn Meschede von der Abfallwirtschaftsgesellschaft des Kreises Warendorf mbH (AWG) begrüßt. Herr Schwieder stellt fest, dass es keine Änderungen an der Tagesordnung gibt, dass frist- und formgerecht eingeladen wurde und dass das Gremium beschlussfähig ist. Anschließend begrüßt er Frau Rena Ideus. Frau Ideus ist seit dem 01.11.2024 als Elternzeit-Vertretung für Frau Berkowski im Bereich Klimaschutz tätig und freut sich auf die Zusammenarbeit. Herr Schwieder begrüßt die Presse.

Öffentliche Sitzung

3. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen von Bürgerinnen und Bürgern gestellt.

4. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Errichtung einer Querungshilfe am Ortseingang Stromberger Straße M 2024/320/5892

Herr Boegel erläutert die aktuelle Situation an der beschriebenen Örtlichkeit. Nach Überprüfung liegt keine objektive Gefahrenlage vor und somit besteht kein Handlungserfordernis aus straßenverkehrsbehördlicher Sicht. Es werde aber noch eine Zählung geben, ob die grundsätzliche Verkehrsbelastung sowie die Anzahl der gebündelten Fußgänger- und Radfahrerquerungen eine Querungshilfe erforderlich machen.

Herr Schöning nimmt zu dem Antrag Stellung und weist darauf hin, dass der Antrag präventiv gemeint sei, auch wenn lt. Polizei kein Unfallschwerpunkt vorläge. Herr Poppenberg habe den Antrag zunächst kritisch gesehen, aber für die Zukunft sei zu beachten, dass am Schützenhof eine neue Kita entstehen werde und dann sicherlich viele Eltern mit ihren Kindern an der Straße queren werden. Herr Boegel verweist auf den Fußgängerüberweg am Stromberger Tor. Man solle erst einmal abwarten, wie sich die Situation nach Fertigstellung der Kita darstelle. Herr Leson spricht von einem „Déjà-vu“ und erinnert daran, wie schwer es in Lette gewesen sei, einen Fußgängerüberweg an der neuen Kita zu erwirken. Bei Straßen.NRW gebe es kein präventives Denken, sondern ein festgelegtes Schema für die Prüfung solcher Anträge. Herr Siebert wundert sich, dass man sich schon jetzt Gedanken über den Kindergarten mache und findet die Situation an der angesprochenen Stelle nicht so dramatisch, man solle doch erst einmal die Verkehrszählung abwarten.

Herr Reckmann merkt an, dass er auf der heutigen Tagesordnung die in der letzten Ausschusssitzung angesprochenen Neuerungen zur Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) und zum Straßenverkehrsgesetz (StVG) vermisse. Hierzu teilt Herr Boegel mit, dass die StVO und das StVG geändert wurden, die notwendigen Verwaltungsvorschriften aber noch nicht vorlägen. Wenn diese bis zur nächsten Ausschusssitzung vorliegen, werden sie dann vorgestellt.

Beschluss

Der Ausschuss für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr nimmt den Sachstand zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Errichtung einer Querungshilfe am Ortseingang Stromberger Straße zur Kenntnis.

5. **Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur (LIS) – Weitere Vorgehensweise** B 2024/021/5895

Frau Gröne verweist auf die Vorlage und erläutert den Sachstand.

Frau Horstmann wendet ein, dass der Ausbau der Ladeinfrastruktur bereits vor einem Jahr im Ausschuss diskutiert wurde. Nach Aussage der Stadtwerke Ostmünsterland, sei ein flächendeckender Ausbau schwierig, da das Stromnetz keine Kapazitäten aufweise. Hierzu erklärt Herr Leson, dass das Stromnetz bei Bedarf für die Ladesäulen ausgebaut werde. Bisher seien die Ladesäulen auf Bitten der Stadt Oelde durch die Stadtwerke im Stadtgebiet bzw. den Ortsteilen aufgestellt worden. Wenn zukünftig andere Betreiber auf die Stadt zukommen und Ladesäulen auf öffentlichen Flächen betreiben wollen, müsse das Vorgehen transparent für alle Ladesäulenbetreiber sein. Es kann durchaus vorkommen, dass ein Stromnetz hierzu im Vorfeld ertüchtigt werden müsse. Als Beispiel nannte er den im letzten Jahr errichteten Ladepark von Ionity. Dort wurde ein umfangreicher Netzausbau betrieben, um die entsprechenden Netzkapazitäten zu schaffen. Für die Kosten kam der Betreiber auf.

Herr Reckmann verweist auf den in der Vorlage beigefügten Mustervertrag und möchte wissen, was unter einem diskriminierungsfreien Abrechnungssystem zu verstehen sei und ob man die Anbieter dazu verpflichten könne, Ökostrom zu verwenden. Herr Leson antwortet, dass hier die Verwendung von EC-Karten gemeint sei, da man davon ausgehe, dass diese wohl das am häufigsten verbreitete Zahlungsmittel sei. Die Stadt kann nicht vorschreiben, dass die Ladesäule ausschließlich mit Ökostrom betrieben werden darf, da es sich nicht um eine Ausschreibung handele. Sie kann im gewissen Rahmen ihre „Wünsche“ angeben. Jede Einschränkung bedeutet auch eine Hürde für mögliche Betreiber. Frau Steuer gibt einen kritischen Hinweis bezüglich Cyberkriminalität, worauf Frau Gröne antwortet, dass man den Punkt in einem Gespräch mit den Ladesäulen- und den Netzbetreibern klären müsse. Herr Libor möchte wissen, was die Stadt Oelde für die Bereitstellung erhalte. Worauf Herr Leson antwortet, dass vom Betreiber eine Vertragsgebühr für die Bereitstellung der öffentlichen Fläche zu entrichten sei. Herr Austrup bemerkt kritisch, dass in dem beigefügten Mustervertrag keine Rückbauverpflichtung (für Fundamente, Netzanschluss u. Leitungen) bei Beendigung des Betriebes bzw. des Vertragsverhältnisses bestehe. Herr Leson verweist auf die Einzelfallentscheidung und führt beispielhaft an, dass beim Abriss eines Hauses die unterirdisch verlegten Leitungen und Kabel auch nicht zurückgebaut werden müssen. Frau Gröne ergänzt, dass es auch um die Nachnutzung der Infrastruktur bei einem möglichen Betreiberwechsel gehe.

Herr Hoberg erkundigt sich, ob alle Anbieter gleichbehandelt würden oder ob im Sinne der Oelder Bürger*innen kostengünstig entschieden werde. Frau Gröne verdeutlicht, dass es sich hier nicht um eine klassische Ausschreibung handele, sondern um die Prüfung von Anträgen durch Ladesäulenbetreiber. Der Markt regelt das Geschäft. Herr Leson ergänzt, dass derzeit nicht viele Anfragen vorlägen und dass die Stadt froh sei, wenn sich jemand meldet. Herr Poppenberg möchte wissen, wie viele Anfragen es von externen Anbietern gebe und fragt weiter, ob ein Wettbewerb wie z.B. bei Tankstellen, angedacht sei. Frau Gröne teilt mit, dass derzeit zwei Anfragen unterschiedlicher Anbieter vorlägen. Herr Poppenberg meint, wer ein

E-Auto habe, der würde auch zuhause sein Auto laden. Diese Meinung teilt Herr Leson nicht generell und merkt an, dass beispielsweise die Ladesäulen vor dem Rathaus fast immer belegt seien.

Beschluss

Der Ausschuss für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr stimmt der vorgestellten Vorgehensweise bei 18 Ja-Stimmen einstimmig zu und beauftragt die Verwaltung

1.) einen Leitfaden für die Errichtung und den Betrieb von E-Ladesäulen in Oelde und

2.) einen Vertrag über die Errichtung und den Betrieb von E-Ladesäulen

zu erstellen und dem Ausschuss in der nächsten Sitzung vorzustellen.

6. Verschiedenes

6.1. Mitteilungen der Verwaltung

Frau Gröne erläutert den Sachstand zur Kommunalen Wärmeplanung. Laut Zusage der Stadtwerke soll der Endbericht bis Ende Dezember 2024 fertiggestellt werden. Im kommenden Jahr soll die Vorstellung im Ausschuss erfolgen sowie die Information der Öffentlichkeit. Bezüglich der Förderung äußert Herr Leson, dass ein rechtsgültiger Förderbescheid des Bundes über 90.000,- € vorliegt, der jedoch wohl wieder zurückgenommen werde, da die Wärmeplanung inzwischen durch das Landeswärmeplanungsgesetz eine verbindliche Pflichtaufgabe für die Kommunen geworden sei. Pflichtaufgaben würden durch Land und Bund aber nicht gefördert. Allerdings werde die Stadt vom Land für die Übertragung der Pflicht einen sog. Konnexitätsausgleich erhalten. Dieser soll voraussichtlich in vier Jahresraten an die Stadt gezahlt werden und werde in Summe rund 200 T€ betragen.

Frau Gröne gibt einen kurzen Einblick in die Baumaßnahme „Mobilstation am Bahnhof Oelde“. Hier werde eine Fahrradabstellanlage auf der Vorderseite des Bahnhofs neu errichtet. Die Durchführung ist für das 1. Halbjahr 2025 geplant. Herr Libor möchte wissen, ob es für die Bauzeit einen provisorischen Abstellplatz für die Fahrräder gebe. Herr Leson beruhigt, dass man einen Platz finden werde, z.B. am Pendlerparkplatz. Herr Siebert freut sich, dass der Antrag nun umgesetzt werde und möchte wissen, ob das Dach mit einer Photovoltaik-Anlage ausgestattet werde. Dieses bejahte Frau Gröne.

In Bezug auf die Tollstraße teilt Herr Boegel mit, dass es bereits eine verkehrsrechtliche Anordnung für die Geschwindigkeitsreduzierung durch Haltebalken (sog. Haifischzähne) an den „Rechts vor Links -Kreuzungen“ gebe. Man warte nun auf den Markierer, der die Markierungsarbeiten vornehme. (Anmerkung: Nach aktuellem Stand werden die Markierungsarbeiten im Januar 2025 durchgeführt.)

Herr Maas verschafft einen kleinen Überblick über die geplante Lichtsignalanlage an der Rhedaer Straße. Hier werden in der nächsten Woche die Fundamente gesetzt und in zwei Wochen die Installation der Ampelanlage vorgenommen. In Lette erfolgt die Aufbringung der Markierung für den Fußgängerüberweg an der Clarholzer Straße in der kommenden Woche, wenn es die Witterung zulässt.

Frau Gröne unterbreitet den Vorschlag, einen „Runden-Tisch-Radverkehr“ einzurichten. Angedacht sind 2 Treffen pro Jahr mit max. 2 Vertreter*innen pro Fraktion und sonstigen Interessenvertreter*innen. Der Runde Tisch solle helfen, die Vielzahl von Anfragen zum Thema Mobilität, die von verschiedenen Seiten an die Verwaltung herangetragen werden, zu bündeln und strukturierter zu bearbeiten. Herr Schöning begrüßt den Vorschlag und findet es sehr gut, den ADFC mit einzubeziehen. Herr Leson fragt den Ausschuss, ob der Vorschlag allgemeine Zustimmung findet. Die Ausschussmitglieder stimmten „durch klopfen auf den Tisch“ zu.

Ein kurzes Update zum Bürgerbaum-Projekt präsentiert Frau Gröne. Die Aktion habe im September stattgefunden, mit über 180 Anträgen war sie sehr erfolgreich. Die Verteilung der Gehölze/Hecken erfolge über den Baubetriebshof am 04.12.2024.

Weiter hat Frau Gröne eine weniger erfreuliche Nachricht. Am Burgberg in Stromberg muss aus verkehrssicherheitstechnischen Gründe eine Linde gefällt werden. Ein erfolgter starker Rückschnitt habe keine Wirkung gezeigt und ein Sachverständigengutachten kommt zu dem Ergebnis, das der Baum langfristig nicht mehr zu erhalten sei. Das Risiko für die Sicherheit sei zu groß. Herr Libor kommentiert, dass er davon ausgehe, dass der Baum ersetzt werde.

Anhand eine Folie erläutert Frau Gröne den aktuellen Sachstand zum Klimafolgenanpassungsprojekt im Kreis Warendorf.

Beschluss

Die Mitteilungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

6.2. Anfragen an die Verwaltung

Herr Poppenberg bezieht sich auf den kürzlich fertiggestellt und freigegebenen Parkplatz „Dingel“ in Stromberg und hält es für sinnvoll, die Einbahnstraßen-Regelung bis zum Parkplatz aufzuheben. Ferner ergänzt er, dass die Parkdauer für zwei Stunden zu kurz sowie das Nachtparkverbot unglücklich sei und erkundigt sich, ob man dieses ändern könne. Herr Boegel antwortet, dass die Zeiten absichtlich so gewählt wurden, damit es nachts zu keiner Ruhestörung an dem Parkplatz käme. Herr Leson ergänzt, dass die begrenzte Parkdauer für 2 Stunden in Stromberg immer Bestandteil der Beratungen gewesen sei. Diese Befristung sei im gesamten Stadtgebiet üblich auf unbewirtschafteten Parkplätzen.

Frau Steuer verweist auf die Bäume in den Pflanzkübeln an der Langen Straße. Sie habe den Eindruck, dass diese im vergangenen Sommer nicht gut ausgesehen haben und fragt nach, ob hierüber etwas bekannt sei. Herr Leson teilt mit, dass der Baubetriebshof die Pflege im Blick habe. Frau Gröne wird den Hinweis weitergeben und die Situation beobachten.

Herr Grünebaum hat eine Frage bezüglich des Abrisses der Alten Feuerwache und erkundigt sich, weshalb die dort gefundenen Fledermäuse nicht schon eher entdeckt und vergrämt

wurden. Hierzu erklärt Herr Leson, dass durch die ökologische Baubegleitung auch noch am Tag vor Beginn und während des Abrisses geprüft werden müsse, ob dort noch Fledermäuse seien. Das Quartier der gefundenen Tiere war im Gebäude versteckt und wurde erst im Rahmen der Abbrucharbeiten sichtbar. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich die Fledermäuse bereits im Winterschlaf und durften nicht mehr vertrieben werden. Im April nächsten Jahres werde man das Gebäude längere Zeit hell beleuchten, um die Tiere zu vergrämen.

Herr Hellweg bekräftigt, dass er sehr gerne beim „Runden-Tisch-Radverkehr“ dabei sein möchte. Er verweist auf ein Pättken zwischen Wagnerstraße und Westring. Hier gäbe es eine gefährliche Lage, da man am Ende des Pättkens direkt auf den Westring geführt werde und nicht auf einen Geh- oder Radweg. Er fragt nach, ob die Möglichkeit bestehe, dort die Straße zu verengen, um Platz zu schaffen. Herr Schöning ergänzt, dass er das Pättken gut kenne und die Lage durch die stark zugewachsenen Hecken noch unübersichtlicher sei. Frau Gröne erklärt, dass man sich die Situation vor Ort einmal ansehen werde. Abschließend teilt Herr Hellweg noch mit, dass die Anwohner*innen positiv angemerkt haben, dass der Weg kürzlich instandgesetzt worden ist.

Herr Reckmann wünscht einen aktuellen Planungsstand bzgl. Windkraftanlagen und Bürgerenergiegesetz NRW für den nächsten Ausschuss. Hierzu entgegnet Herr Leson, dass die Verwaltung sich in das Thema Bürgerenergiegesetz momentan einarbeite und gerne zu gegebener Zeit darüber informieren könne. Ergänzend teilt Herr Austrup mit, dass im Geoportal des Kreises Warendorf dargestellt werde, an welchen Orten Windkraftanlagen stehen bzw. in Planung seien.

Herr Brinkmann bemängelt eine Situation am Carl-Haver-Platz. Bei der Ausfahrt auf die Konrad-Adenauer-Allee seien nicht mehr die getrennten Spuren für die Ein- und Ausfahrt auf bzw. vom Parkplatz zu erkennen. Diese Situation sei sehr unglücklich. Herr Leson sagt zu, dass man der beauftragten Firma für Markierungsarbeiten Bescheid geben werde, da diese demnächst vor Ort seien.

Herr Leifeld verweist auf die Situation an der Tollstraße und den kürzlich aufgestellten Stabgitterzaun. Er äußert den Wunsch, diesen langfristig durch eine Hecke zu ersetzen. Herr Boegel antwortet, dass es sich hier um eine Unfallhäufungsstelle handele und man sich für den Zaun entschieden habe, damit die großzügige Sicht genommen werde. Man werde prüfen, ob eine Hecke zielführend sei. Herr Leson möchte anmerken, dass der Zaun viel Geld gekostet habe und man diesen nicht gleich wieder entfernen werde.

Abschließend merkt Herr Reckmann an, dass die Niederschrift der letzten Ausschusssitzung noch nicht fertig sei und bittet darum, diese künftig vor der neuen Sitzung zu übermitteln. Die Verwaltung nimmt dieses zur Kenntnis und man werde es beachten.

Die Sitzung wird ordnungsgemäß geschlossen und Herr Schwieder bedankt sich für die Aufmerksamkeit.

Beschluss

Die Anfragen an die Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

gez. Uli Schwieder
Ausschussvorsitzender

gez. Sonja Steiner
Schriftführerin